# C:\Users\NCBI\kDrive\Common documents\Praktikum\1 Organisatorisches\1.1 Vorlagen\1.1.5 Logos und Unterschriften\Logo NCBI classic.jpg

**Medienmitteilung**

Kontakt: Ron Halbright, ron.halbright@ncbi.ch, 076 490 10 50

 Fotos:

<https://www.ncbi.ch/wp-content/uploads/IMG_1224-scaled.jpg>

Abstimmung im Flüchtlingsparlament im Berner Rathaus

<https://www.ncbi.ch/wp-content/uploads/IMG_1215-scaled.jpg>

Sherefedin Mussa und Shakila Ansari vom Flüchtlingsparlament im Dialog mit Samuel Wyss vom SEM über den Schutzstatus S

<https://www.ncbi.ch/wp-content/uploads/IMG_1173-scaled.jpg>

Kommission zu Status F für vorläufig Aufgenommene

<https://www.ncbi.ch/wp-content/uploads/IMG_1166-scaled.jpg>

Kommission zu Lebensbedingungen von abgewiesenen Geflüchteten

<https://www.ncbi.ch/wp-content/uploads/IMG_1148-scaled.jpg>

Die Plenumssession vom Flüchtlingsparlament hört dem Grusswort von Anja Klug, UNHCR Schweiz, zu

<https://www.ncbi.ch/wp-content/uploads/IMG_1127-scaled.jpg>

Flüchtlingsparlament tagt im Berner Rathaus

# „Unsere Stimmen zählen auch!“

**Am zweiten Schweizer Flüchtlingsparlament am 8. Mai 2022 im Berner Rathaus präsentierten vorläufig aufgenommene Geflüchtete einem Sprecher des SEM zwei Preise: zum einen den ersten „Flüchtlingsparlament-Bedanken-Preis“ für den Schutzstatus S und zum anderen einen „Flüchtlingsparlament-Verbesserungsvorschlag“, dass der „S-Status“ auch für andere Nationalitäten gelten soll. Sie verabschiedeten dazu 30 Empfehlungen und präsentierten Bundesparlamentsmitgliedern ihre 10 wichtigsten Vorstösse zu heissen Asylthemen wie abgewiesene, beeinträchtigte oder psychisch belastete Geflüchtete, den Status der vorläufig Aufgenommenen und das Thema Zugang zu Bildung und Arbeit, die Einrichtung von Beschwerdestellen und Minimalstandards für die Umsetzung der Gesetze in den Kantonen:**

«Wir fordern, dass abgewiesene Personen, welche aus politischen oder gesundheitlichen Gründen oder wegen einem fehlenden Migrationsabkommen nicht ins Heimatland zurückgeführt werden können, eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz erhalten.»

«Geflüchtete Menschen mit Beeinträchtigung sollten einen vom Status unabhängigen, gleichberechtigten und national einheitlichen Zugang zur IV haben.»

«Das Flüchtlingsparlament fordert, dass Asylsuchende nach Bedarf eine psychologische Begleitung vor, während und nach der Asylanhörung durch medizinische Fachpersonen mit Kulturvermittlung bekommen.»

«Zahlreiche Geflüchtete besitzen einen F-Ausweis und haben kein Recht, ins Ausland zu reisen. Wir empfehlen dem SEM die Verordnung präziser anzuschauen und Ausnahmen unbürokratisch vorzusehen, sodass die Geflüchteten in den Schengenraum aus- und danach wieder einreisen können.»

«Wir empfehlen einen gleichberechtigten, einheitlichen und unabhängigen Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und Hochschulen. Dieser Zugang soll unabhängig von Aufenthaltsstatus, Alter, Ethnis, Religion, sexuelle Orientierung und Herkunft sein.»

«Das Flüchtlingsparlament fordert einen gleichberechtigten Zugang zur Arbeitsintegration inklusive Schnuppermöglichkeiten oder Praktika. Dafür fordern wir eine enge Zusammenarbeit und Kooperation zwischen Arbeitgebenden (Firmen) und Integrationsfachstellen (Gemeinden, Kantone und Sozialamt), um den Zugang zur Arbeitsintegration inklusive Schnuppermöglichkeiten oder Praktika zu ermöglichen.»

«Wir fordern, dass die Aufenthaltsdauer mit F-Status beim Antrag für die Einbürgerung oder eine Niederlassungsbewilligung angerechnet wird.»

«Das Flüchtlingsparlament unterstützt völlig den Schutzstatus S für ukrainische Geflüchtete, fragt jedoch nach, warum andere Schutzbedürftige z.B. aus Syrien oder Afghanistan den eingeschränkten Status F oder sogar eine Ablehnung erhalten. Wir fordern deshalb gleiche Rechte für alle Geflüchteten in der Schweiz. Das Flüchtlingsparlament fordert, dass alle geflüchteten Personen aus Kriegsgebieten einen S-Status bekommen.»

«Es braucht in jedem Kanton mindestens eine Ombuds- oder sonstige Beschwerdestelle, an die sich Geflüchtete wenden können. (Eine Ombudsstelle ist eine Stelle, an die man sich wenden kann, wenn man nicht zufrieden ist, wie man von den Behörden behandelt wurde.) Jedes kantonale Flüchtlingsparlament soll sich aktiv dafür einsetzen, dass es mindestens eine solche Stelle im eigenen Kanton gibt.»

«Es wird nicht möglich sein, schnell und parallel in allen Kantonen eine kantonale Strategie des Flüchtlingsparlaments aufzubauen. Deshalb soll die Flüchtlingssession mit Vorstössen Minimalstandards auf nationaler Ebene fordern, zu Themen die auf kantonaler Ebene geregelt sind und in denen es in den Kantonen Spielraum bei der Umsetzung gibt. So können die Kantone nicht unter eine bestimmte Grenze gehen.»

Die anwesenden Bundesparlamentsmitglieder haben angeboten, diese Forderungen ins Parlament einzubringen. Allerdings wiesen die Podiumsteilnehmenden auch darauf hin, dass es politische Mehrheiten braucht, um Verbesserungen zu erreichen. Deswegen sei eine Kooperation zwischen UNHCR, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, dem Flüchtlingsparlament und weiteren Organisationen wie Procap, um die Situation der Geflüchteten beispielsweise mit Beeinträchtigung oder Trauma zu verbessern**.**

**90 Geflüchtete aus 16 Kantonen und 10 Ländern - zum ersten Mal nahmen auch Geflüchtete aus der Ukraine teil – präsentierten und verabschiedeten ihre Empfehlungen an der zweiten Flüchtlingssession die Ergebnisse von 13 Kommissionen und Arbeitsgruppen (d/f/i). Die Flüchtlingssession hat als Pilotprojekt auch ein kantonales Flüchtlingsparlament im Kanton Aargau angekündigt.**

**Zudem vergab das Flüchtlingsparlament Schweiz Herrn Samuel Wyss als Vertretung vom Staatssekretariat für Migration SEM und der zuständigen Bundesrätin Karin Keller-Sutter für den "Schutzstatus S" für ukrainische Geflüchtete sowohl den ersten Flüchtlingsparlament-"Bedanken-Preis" als auch den ersten Flüchtlingsparlament-"Verbesserungsvorschlag"** (beigelegt)**.** Das Flüchtlingsparlament schätzt den Schutzstatus S für ukrainische Geflüchtete zum einen als besonders anerkennenswert ein und hat deshalb das SEM und die Bundesrätin als erste Gewinnende dieser Auszeichnung ausgewählt. Gleichzeitig vergibt das Flüchtlingsparlament dem SEM und der Bundesrätin aber auch den ersten "Flüchtlingsparlament-Verbesserungsvorschlag" für ebendiesen Schutzstatus S. Dies, da viele Geflüchtete mit ähnlichen Erfahrungen, denen dieser Status nicht offensteht, im Vergleich stark benachteiligt werden - nur weil sie aus anderen Ländern stammen. Herr Wyss vom SEM betonte, dass viele ukrainische Geflüchtete gekommen sind, im Heimatland weiterhin Familienmitglieder haben und bald nach Hause zurückkehren möchten. Eine Afghanin antwortete darauf, dass auch ihre Landsleute kommen würden, wenn die Schweiz die Grenze öffnen würde. Auch sie habe Familie in Afghanistan und möchte - sobald Afghanistan wieder sicher wird - nach Hause gehen.

Es gibt die Jugendsession und die Migrant\*innen-Session - aber bis 2021 noch keine Flüchtlingssession. Deshalb hat NCBI Schweiz bzw. das Partizipationsprojekt "Unsere Stimmen" das Flüchtlingsparlament mit Unterstützung anderer Organisationen ins Leben gerufen, damit auch Geflüchtete in der Politik zu Wort kommen. Denn viel zu oft wird *über* Geflüchtete gesprochen – nicht *mit* ihnen. Roksan Kasem, Vorsitzende der Kommission „Abgewiesene“, meint: „*Das Flüchtlingsparlament ist wichtig. Wir sind alle Menschen, egal ob geflüchtet oder nicht. Viele Schweizer\*innen kennen uns nicht. Ich setze mich dafür ein, dass wir besser miteinander leben können.*“ Der Höhepunkt des Flüchtlingsparlaments findet am 8. Mai im Rahmen der Flüchtlingssession in Bern statt. Im Vorfeld treffen sich die Geflüchteten in themenbezogenen Arbeitsgruppen (Kommissionen) an jeweils vier virtuellen Treffen, um mit Beratung von Fachpersonen und Ratsmitgliedern politische Vorstösse zu ihren Themen zu entwickeln.

„Wir müssen uns zusammen einsetzen, immer wieder, um Verbesserungen zu erreichen. Gemeinsam erreichen wir Verbesserungen, insbesondere wenn man nicht aufgibt“, lobt Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin der Grünen, die die Partizipation von Migrant\*innen in der Politik fördert. „Im Dezember hat das Parlament entschieden, dass Menschen mit S-Status nicht ausreisen dürften, aber zwei Monate später wurde dieses Verbot für die ukrainischen Geflüchteten rückgängig gemacht. Mit der aktuellen Willkommenskultur gibt es andere Möglichkeiten und eventuell eine andere Stimmung im Parlament“, sagte Nationalrat Mustafa Atici von der SP. „Es ist die richtige Zeit, etwas zu verändern“, beobachtete Bettina Looser, Geschäftsleiterin der Eidg. Migrationskommission EKM. Lisa Mazzone lobte das Flüchtlingsparlament für die Lobbyarbeit in der Wandelhalle zu wichtigen Themen.

An der Session selber haben die Kommissionen ihre Ergebnisse präsentiert, die Berichte der anderen Kommissionen kritisch kommentiert, angepasst und 30 Vorstösse verabschiedet. In einer Plenarabstimmung wählten sie die 10 wichtigsten Vorstösse aus. Die Ständerätin Lisa Mazzone, die Nationalratsmitglieder Katharina Prelicz-Huber und Mustafa Atici sowie Katharina Buchmann vom SEM, Barbara Looser von der Eidg. Migrationskommission EKM, Peter Meier von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH nahmen diese entgegen. Sie kommentierten die Vorstösse vor Ort und lassen sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die politischen und öffentlichen Debatten ein.

Zudem wurden mehrere ehemalige abgewiesene Geflüchtete, die das Aufenthaltsrecht erhalten haben, an der Flüchtlingssession ab 13.30 Uhr wegen ihrer erfolgreichen Härtefallgesuche im Plenum gefeiert. Gleichzeitig werden sie ihre verlorenen Jahre sowie auch ihre neuen Perspektiven kommentieren.

Die Menschen in der Schweiz sollen durch die Session auf die Probleme der Geflüchteten und Lösungen aufmerksam gemacht werden - allen voran Parlamentsmitglieder, welche fast tagtäglich Entscheidung über Geflüchtete treffen. Im Parlament diskutieren Frauen über Frauenfragen und Bäuer\*innen über ihre Probleme mit - wo sind die Stimmen der Geflüchteten?

Das Flüchtlingsparlament wird unterstützt durch UNHCR Schweiz, die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Eritreischer Medienbund, Bildung für alle – jetzt! sowie weitere Integrations- und Migrationsorganisationen.

Kontakt: Ron Halbright, ron.halbright@ncbi.ch, 076 490 10 50, <https://www.ncbi.ch/de/unsere-stimmen/>

*Urkunde für Bundesrätin Karin Keller-Sutter und SEM ist unten angehängt.*

|  |  |
| --- | --- |
| **logo4f.jpg** |  |

**Das Flüchtlingsparlament Schweiz vergibt den ersten**

**„Bedanken-Preis“**

**sowie den ersten**

**„Verbesserungsvorschlag“**

**an das Staatssekretariat für Migration SEM**

**und an Bundesrätin Karin Keller-Sutter**

**für den "Schutzstatus S" für ukrainische Geflüchtete**

Den **"Bedanken"-Preis des Flüchtlingsparlaments** erhalten Behörden und Institutionen, wenn sie in einem Bereich besonders gut mit Geflüchteten umgehen ; gleichermassen werden **"Verbesserungsvorschläge"** vergeben, wenn der Umgang zu einem bestimmten Thema besonders bedenklich ist und stark verbessert werden sollte.

Das Flüchtlingsparlament schätzt den Schutzstatus S für ukrainische Geflüchtete zum einen als besonders lobenswert ein und hat deshalb das SEM und die Bundesrätin Karin Keller-Sutter als erste Gewinnende dieser Auszeichnung ausgewählt: "Wir begrüssen den Schutzstatus S für Geflüchtete aus der Ukraine. Wir begrüssen, dass die Schweiz diesen Schutzbedürftigen persönliche, familiäre, berufliche und soziale Möglichkeiten und Perspektiven bietet: Familiennachzug, sofortige Arbeitsbewilligung und Integrationsmassnahmen, Reisefreiheit und Unterstützung u.a. durch Betriebe wie SBB und Sunrise."

Gleichzeitig vergibt das Flüchtlingsparlament dem SEM und der Bundesrätin Karin Keller-Sutter auch den ersten **"Flüchtlingsparlament-Verbesserungsvorschlag"** für ebendiesen Schutzstatus S, da viele Geflüchtete mit ähnlichen Erfahrungen, für die dieser Status nicht offensteht, im Vergleich stark benachteiligt werden, nur weil sie aus anderen Ländern stammen: "Wir bedauern jedoch ausdrücklich, dass diese Möglichkeiten Geflüchteten aus anderen Kriegsgebieten nicht offenstehen. Wir verstehen nicht, wieso die Schweiz nicht alle Schutzbedürftigen und Kriegsgeschädigten gleich behandeln kann. Fadenscheinige Rechtfertigungen dafür lehnen wir ab: Es sind nicht nur die ukrainischen Geflüchteten, die vorübergehend Hilfe suchen, gerne in Sicherheit in ihr Heimatland zurückkehren und beim Wiederaufbau mitwirken möchten, sobald das möglich ist. Niemand weiss, wie lange das in der Ukraine oder in anderen Ländern dauern wird. Die ungleiche Behandlung macht uns ratlos, traurig und wirft Fragen auf: Wenn es nicht Diskriminierung oder Rassismus ist, wie nennt man das? Wir lehnen diese unterschiedliche Behandlung ab!"

Das Flüchtlingsparlament ist ein Partizipationsprojekt von Unsere Stimmen/NCBI: "Viel zu oft wird über, statt mit Geflüchteten gesprochen oder entschieden." Geflüchtete wissen aus eigener Erfahrung, wie unterschiedlich und manchmal diskriminierend der Umgang mit ihnen gestaltet wird.

Flüchtlingsparlament Schweiz, 28. April 2022

Sherefedin Mussa Rahim Mohammadzadeh Wiam Mohammad

[www.ncbi.ch/unsere-stimmen](http://www.ncbi.ch/unsere-stimmen), unserestimmen@ncbi.ch